
/// Herausforderungen und Probleme

POLITIK VOR ORT: DIE KOMMUNEN UND LANDKREISE IN BAYERN

CHRISTIAN BERNREITER /// In den zurückliegenden Jahren wurden viele Weichen gestellt, damit die Bürger gleich gut in allen Teilen des Freistaates leben können. Große Herausforderungen, nicht nur finanziell, sondern auch gesellschaftlich, gab und gibt es in diesem Zusammenhang zu bewältigen. Die Landkreise und Kommunen als Verantwortliche für die örtliche Daseinsvorsorge sind davon ebenso betroffen wie der Bund oder das Land.

Kommunalpolitik ist etwas Gemeinsames, unabhängig davon, welches Parteibuch man hat. Zwar sind 71 Landräte auch 71 Individualisten mit den ihren Regionen entsprechenden 71 individuellen Herausforderungen, jedoch gibt es auch vieles, was gleich gelagert ist. Menschen in ihren Regionen halten und ihnen all das bieten zu können, was zum Leben dazugehört, ist das Ziel, das alle eint. Die Rahmenbedingungen müssen in ländlichen Gebieten

genauso passen wie in den Ballungsräumen. Eine Fokussierung und Verdichtung auf einige wenige (Metropol-)Regionen ist keine langfristige Lösung. Alle 71 bayerischen Landkreise brauchen deswegen gleichermaßen Unternehmen mit guten Arbeitsplätzen, Schulen und Bildungseinrichtungen, gut erreichbare Ärzte und Krankenhäuser, leistungsfähige Verkehrsverbindungen auf der Straße, der Schiene und mittels ÖPNV.

Gerade auf dem Land
ist Mobilität wichtig.
Es braucht daher auch
einen gut funktionie-
renden und flächen-
deckenden ÖPNV.



KOMMUNALPOLITIK setzt sich für gleichwertige Rahmenbedingungen im ländlichen Raum ein.

Die gute Finanzlage der zurückliegenden Jahre

In der zurückliegenden Kommunalwahlperiode konnten viele gemeinsame Herausforderungen auch aufgrund der hervorragenden wirtschaftlichen Entwicklung in Angriff genommen werden. Gerade, was die Beschäftigung der Menschen betrifft, jagte ein Rekord den nächsten, bis hin zum heute vielfach beklagten Fachkräftemangel. Solche Zahlen sind ein Segen, dürfen allerdings nicht als selbstverständlich angesehen werden. Darum ist eine stabile Wirtschaft und die Sicherung der notwendigen Fachkräfte für die Zukunft enorm wichtig.

Die gute Finanzlage der letzten Jahre hat in vielen Bereichen und auf allen politischen Ebenen große Projekte möglich gemacht. Millionenschwere Investitionsprogramme wie die Unterstützung für Pflegende und Angehörige oder auch die Schaffung neuer Kita-Plätze wurden auf den Weg gebracht. Auch der kommunale Finanzausgleich erreichte ein sehr gutes Niveau und bei den kommunalen Steuereinnahmen wurden Höchstwerte erzielt. Dadurch konnten viele Aufgaben überhaupt erst finanziert werden. 2018 haben die kommunalen Steuern in Bayern die 20-Milliarden-Euro-Marke überschritten, was eine steigende Steuer- und Umlagekraft zur Folge hatte. 2009 lagen diese Einnahmen noch bei 12 Mrd. €. Auch der Wegfall der erhöhten Gewer-

besteuerungumlage ab 1. Januar 2020 oder die Bundesbeteiligung an den Kosten der Unterkunft sind eine Erleichterung für die kommunalen Kassen.

Rekordeinnahmen und Rekordausgaben

Diese Entwicklungen dürfen aber nicht verschleiern, dass den Rekordeinnahmen auch Rekordausgaben gegenüberstehen und es Themen gibt, die den Landkreisen heute und auch in Zukunft unter den Nägeln brennen. Die Bruttoausgaben für Sozialleistungen einschließlich Jugendhilfe sind auf immer neues Rekordniveau gestiegen. Nötig waren und sind auch Investitionen im Bereich der Schulen und Kinderbetreuungseinrichtungen sowie für die Betreuung, Unterbringung und Integration von Flüchtlingen. Damit einher gehen Unterhaltungsrückstände bei öffentlichen Gebäuden, Einrichtungen und Straßen sowie nicht realisierte Infrastrukturmaßnahmen. Defizite gibt es etwa bei der Versorgung mit Breitband und Mobilfunk in der Fläche, aber auch bei Gesundheits- und anderen Dienstleistungen.

Neben Rekordeinnahmen stehen auch REKORDAUSGABEN.

Dauerbrenner Gesundheitsversorgung

Obwohl man meinen könnte, es bestünde ein allgemeiner Konsens in der Notwendigkeit einer flächendeckenden medizinischen Grund- und Regelversor-

gung für die Bürger, ist dieses Thema alles andere als ein Selbstläufer und seit Jahren ein Dauerbrenner für die bayerischen Landkreise. Medizinische Versorgung ist kein Luxusproblem oder eine freiwillige Leistung, die zur Diskussion stehen darf. Hier geht es um ein Grundbedürfnis des Menschen. Gerade die Krankenhäuser in der Fläche nehmen hierbei eine unverzichtbare Rolle ein. Sie sichern die Grund- und Regelversorgung, insbesondere auch die Notfallmedizinische, und sind Anknüpfungspunkt für alle weiteren medizinischen und pflegerischen Dienstleistungen.

Nichtsdestoweniger kämpfen die Landkreise seit Jahren mit problematischen Entscheidungen von übergeordneten Ebenen. Eine Folge davon sind negative Betriebsergebnisse bei rund der Hälfte der Krankenhäuser. Sie werden finanziell immer weiter in die Enge getrieben und letztendlich werden so Standorte gefährdet. Die Kosten-Erlöschere wird immer größer. Tarifsteigerungen wurden jahrelang gar nicht und werden bis heute nur zu sehr geringen Teilen ausgeglichen. Gerade die Grundversorgungskrankenhäuser bedürfen aber einer besonderen finanziellen Unterstützung. Eine uneingeschränkte Berücksichtigung der realen Kostensteigerungen und eine Refinanzierung der vergangenen wie zukünftigen Tarifsteigerungen für alle Personalgruppen in den Krankenhäusern sind unabdingbar, um überhaupt schwarze Zahlen schreiben zu können. Die bayerischen Landkreise haben seit jeher dafür gekämpft, dass die Personalkostensteigerungen tariflicher Art 1:1 abgebildet werden. Teilerfolge in den Verhandlungen mit dem Bund werden oft durch das Kleingedruckte geschmälert. Ziel bleibt eine volle Erstattung.

Neben einer auskömmlichen Finanzierung ist die Pflege eine der großen Herausforderungen beim Erhalt einer medizinischen Grund- und Regelversorgung. Pflegekräfte fehlen überall. Die bayerischen Landkreise treten für mehr Personal am Patienten ein. Sie wollen mehr Wertschätzung für diejenigen, die pflegen. Dabei setzen sie auf „ein Mehr an Zeit für die Personen“ und nicht für noch mehr bürokratische Dokumentationen. Wer einen sozialen Beruf erlernt, will Zeit mit Menschen verbringen und sich seinem Patienten zuwenden können.

Fehlendes Personal und steigende Bürokratisierung **GEFÄHRDEN die ländliche Gesundheitsversorgung.**

Dabei sind vor allem die Kassen gefordert. Ihre Fallpauschalen limitieren die Zeit, die ein Pfleger für seine Patienten aufwenden darf, streng. Starre Personalquoten und Pflegeuntergrenzen wie sie vom Bund rückwirkend zum 1. Januar 2019 eingeführt wurden, haben die Situation der Krankenhäuser drastisch verschärft. Abteilungen müssen abgemeldet werden und Patienten auf Herbergssuche gehen, weil Personalquoten nicht erfüllt werden können. Die Landkreise setzen zwar verstärkt auf die eigene Ausbildung von Pflegepersonal, das nimmt aber Zeit in Anspruch. In der Krankenhauspolitik ist daher ein Umdenken, quasi ein „Neustart“ erforderlich.

Flächendeckend Breitband und Mobilfunk für die Digitalisierung

Die Digitalisierung ist ein wichtiger Pfeiler einer zukunftsfähigen Daseinsvorsorge in allen Landkreisen. Kein Landkreis darf hier abgehängt werden. Digitalisierung kann vieles, was das Analoge nicht schafft. Sie steht für mehr Chancen, mehr Möglichkeiten und mehr Teilhabe im wirtschaftlichen, gesellschaftlichen und persönlichen Bereich im ländlichen Raum wie in der Stadt. Aber auch sie läuft nicht von selbst.

Voraussetzung ist eine starke und funktionierende Infrastruktur mit Breitband und Mobilfunk. Bekenntnisse und Forderungen von allen Ebenen gibt es mittlerweile genügend. An der Umsetzung müssen sich dann aber auch alle einschließlich der Telekommunikationsunternehmen beteiligen, welche dann auch in Orten mit nur wenigen Haushalten Angebote abgeben sollten. Eine flächendeckende Versorgung liegt im allgemeinen Interesse.

Probleme beim Mobilfunk durch bundespolitische Entscheidungen wie etwa bei der Versteigerung der 5G-Frequenzen mit einem Verfahren, das auf die Haushalte abstellt, sind zu vermeiden. Funklöcher darf es nicht mehr geben. Natürlich ist der Ausbau in den großen Städten für die Betreiber in der Regel wirtschaftlicher. Es müssen aber auch die Versorgungslücken geschlossen werden und zwar nicht nur für die wichtigen Landes- und Staatsstraßen, wofür noch bis Ende 2024 Zeit gegeben wurde.

Das digitale Amt

Die Zukunft der Verwaltungen der bayerischen Landkreise selbst ist untrennbar mit der Digitalisierung verbunden. Bis diese umfänglich digital funktionieren, sind noch große Schritte zu gehen,

die ohne die entsprechenden Finanzmittel und ohne zusätzliches Personal schwierig werden. Allein das Verwaltungsrecht des Bundes enthält mehr als 2.500 Schriftformerfordernisse, also Verwaltungsleistungen, für die der Bürger noch unterschreiben muss.

Bürger und Unternehmen sollen sich in Zukunft den Gang zum Amt sparen können. In der heutigen Welt fehlt es überall an Zeit. Deswegen werden für die digitale Unterschrift Lösungen gebraucht, die von einer breiten Mehrheit auch akzeptiert und genutzt werden. Das in Steuerangelegenheiten bewährte ELSTER-Verfahren könnte es möglich machen. Der Bund muss daher zügig die dafür notwendigen rechtlichen Voraussetzungen schaffen.

Die Verwaltung muss DIGITALER und bürgernäher werden.

Die Digitalisierung aller Lebensbereiche wird ein großes Engagement der Kommunen erfordern. Gesundheit und Soziales, Wohnen und Arbeiten, Mobilität und Verkehr, Grundversorgung, Bauen – letztendlich ist jedes Thema digital umsetzbar. Wer die Digitalisierung nicht selbst gestaltet, der wird dann (fremd-)gestaltet. Wir müssen daher aktiv vorangehen.

Schule 2.0

Das gilt auch für die Bildung. Kein Thema ist so elementar für die Zukunft eines Landes. Dementsprechend wichtig

ist es, dass deren Digitalisierung gelingt. Die Landkreise haben als Sachaufwandsträger für die Schulen dabei eine Schlüsselrolle inne. Es gibt zwar Förderprogramme vom Bund und von den Ländern, das digitale Klassenzimmer erfordert aber ganz andere Investitionssummen als das analoge. Ebenso wichtig ist aber auch die laufende Wartung und Pflege der IT-Infrastruktur und deren Nutzung im Unterricht. Dazu brauchen wir nicht nur eine landesweite Bayern-Cloud, sondern auch eine Vielzahl an Systembetreuern, die vom Staat finanziert werden müssen.

Mobilisierung aller Verkehrsmittel

Der Öffentliche Personennahverkehr (ÖPNV) ist nicht nur aktuell ein Brennpunkt, sondern wird für flächendeckende Angebote in allen Landkreisen den langfristigen Einsatz aller politischen Ebenen erfordern. Um die Bürger bayernweit, also nicht nur in den Ballungsgebieten, zu mehr ÖPNV-Nutzung zu animieren und somit einen Umdenkungsprozess zugunsten des Klimas anzustoßen, müssen Angebot und Qualität attraktiver werden.

Günstige Tarife alleine bewirken nur wenig, denn die Herausforderungen in den Ballungsgebieten und der Fläche sind unterschiedlich. Die bayerischen Landkreise müssen in ein überzeugendes System eingebunden werden, ganz gleich, wo sie liegen. Dabei muss Angebot vor Tarif gelten. Eine optimierte Tarifstruktur ist ohne die entsprechenden Angebote nicht zielführend. Durch massive Erhöhungen der ÖPNV-Zuweisungen, die Förderung flexibler Bedarfsverkehre und die Optimierung der Schnittstellen zwischen den verschiedensten Verkehrsmitteln wird der ÖPNV flächendeckend attraktiv.

Die Landkreise in Bayern brauchen einen **FLÄCHENDECKENDEN** ÖPNV.

Flächendeckende öffentliche Mobilität erfordert passgenaue Konzepte. Passgenau bedeutet aber auch, dass man den Bürgern zugestehen muss, dass sie das für sie beste Mittel wählen. Menschen, die weite Wegstrecken auf sich nehmen, um zur Arbeit zu pendeln, und so Träger unserer herausragenden Wirtschaftsstärke sind, entscheiden selbst, was für sie die beste Lösung ist. Dafür brauchen sie nicht die Politik. Verbote und starre Vorschriften sind der falsche Weg.

Gleichwertige Mobilität erfordert viele Kräfte. Die öffentliche Mobilität im ländlichen Raum braucht bedarfsgerechte Angebote und Kapazitätsausbau in den Verdichtungsräumen. Investitionen für den Ausbau und die Grunderneuerung der ÖPNV-Infrastruktur sowie Erhöhungen und Verstetigungen der Mittelzuweisungen für den ÖPNV-Betrieb müssen dauerhaft, auskömmlich und transparent sein. Und schließlich müssen die Förderrichtlinien der Zukunft auf die individuellen Bedarfe abstellen.

Vielorts wird man auch weiterhin über die Straße mobil sein müssen. Autobahnen, Bundesstraßen und Staatsstraßen müssen dafür bereit sein. Baustellen, Verkehrsunfälle, endlose Staus und Geschwindigkeitsbeschränkungen kosten unsere Bürger Zeit und Geld. Dieser Teil unserer Verkehrsinfrastruktur darf nicht in Vergessenheit geraten. Es heißt nicht ÖPNV oder PKW, sondern beides.

Entweder-Oder-Kategorien

Grundsätzlich erscheint der momentane Umgang miteinander als eine große Herausforderung. Die Art, wie der Diskurs um das Klima, aber auch viele andere Fragen teilweise geführt werden, hinterlässt Spuren in unserer Gesellschaft. Der Kompromiss scheint aus der Mode gekommen zu sein. Es gibt nur noch Maximalforderungen und eine Entweder-Oder-Haltung. Eine der größten Herausforderungen der nächsten Jahre wird es daher sein, die Gesellschaft zusammenzuhalten, miteinander im Gespräch zu bleiben und einzustehen für das, was in der Vergangenheit gemeinsam erreicht



/// CHRISTIAN BERNREITER

ist Landrat des Landkreises Deggendorf sowie Präsident des Bayerischen Landkreistages, München.

Der gesellschaftliche **ZUSAMMEN-**
HALT erfordert Kommunikation und
gleichwertige Rahmenbedingungen.

wurde. Flächendeckend gute Lebensverhältnisse spielen eine große Rolle für eine befriedete Gesellschaft. Sie zu erhalten und weiter dafür einzutreten, ist deswegen eine der großen Herausforderungen für die Kommunen, aber auch für jeden Einzelnen. ///